

Sitzungsvorlage DS 2013/344

Betriebshof Ravensburg
Bernhard Jerg
(Stand: **23.10.2013**)

Mitwirkung:

Aktenzeichen:

**Ausschuss für Umwelt und Technik
als Betriebsausschuss Betriebshof**
öffentlich am 14.11.2013

Bericht der Betriebsleitung zum 30.09.2013

Beschlussvorschlag:

Der Bericht der Betriebsleitung wird zur Kenntnis genommen.

Sachverhalt:

1. Beschlusslage:
AUT BHR 14.11.2012: Vorberatung Wirtschaftsplan 2013
AUT BHR 14.11.2012: Gesamtbeschaffungsliste Fahrzeuge und Geräte
Betriebshof und Ortsbauhöfe, DS 2012/343
GR am 10.12.2012: Wirtschaftsplan Betriebshof 2013, DS 2012/347

2. Abhandlung:
Die Betriebsleitung hat dem Oberbürgermeister und dem Betriebsausschuss vierteljährlich zum Quartalsende über die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge zu berichten, sowie Rechenschaft über die Abwicklung des Vermögensplanes und Stellenbesetzung abzulegen.

Nach Abschluss des Stichtages wird berichtet über:

- die Entwicklung von Aufwendungen und Erträgen zum Stichtag und der Hochrechnung auf Jahresende,
- den Mittelabfluss des Vermögensplanes,
- den Vollzug des Stellenplanes und Personalkostenhochrechnung,
- besondere Vorkommnisse im Betrachtungszeitraum.

3. Allgemein:
Der Wirtschaftsplan des Betriebshofs 2013 mit allen Bestandteilen wurde zusammen mit dem Haushalt der Stadt am 30.01.2013 vom Regierungspräsidium bestätigt.

- 3.1 Haushaltskonsolidierung:
Der Gemeinderat hat am 10.12.2012 die Durchführung einer erneuten Haushaltskonsolidierungsrunde mit dem Schwerpunkt der Aufgaben- und Ausgabenkritik beschlossen.
In diesem Verfahren wurden alle Ämter, so auch der BHR aufgefordert, eigene Vorschläge zu formulieren. Wie bereits in den vorhergehenden Einsparrunden hat der Betriebshof im Rahmen seiner als Auftragnehmer gegebenen Möglichkeiten, folgende Vorschläge eingebracht, welche aus seiner Sicht diskussionswürdig erschienen:

- Reduzierung der öffentlichen WC – Anlagen
- Reduzierung der vom BHR an die Stadt zu zahlenden Zinsen
- Aufgabenkritik bei bestehenden und v.a. neuen Veranstaltungen
- Einrichtung eines Fahrzeugpools zur Nutzung durch die Ämter
- Abrechnung der Ortschaftsleistungen in Eigenregie der Ortschaft.

Von den über 200 in der Haushaltsstrukturkommission gesammelten Vorschlägen und Projekte betreffen folgende den Betriebshof direkt:

- Standardreduzierung in der Grünanlagenpflege
- Reduzierung bei der Stadtreinigung und beim Winterdienst
- Reduzierung beim Unterhalt der Wasserläufe

- Reduzierung bei verschiedenen Veranstaltungen.

Grundsätzlich ist aus Sicht des Betriebshofs zu diesen Vorschlägen anzumerken und zu beachten:

- Bei der Umsetzung sollte immer die "Verträglichkeit" in der Außenwirkung gegenüber Bevölkerung und Besucher beachtet werden (Verwahrlosung des Stadtgebietes),
- auf keinen Fall darf die Sicherheit der Bürger und Besucher vernachlässigt werden,
- ca. 70 % der Gesamtkosten des Betriebshofsbudgets werden durch Personal verursacht (geringe Möglichkeit der Steuerung)
- der Betriebshof ist Auftragnehmer der Ämter und Dienststellen, daher ist der Auftraggeber in erster Linie gefordert, Vorschläge zu unterbreiten und festzulegen, wo die Reduzierungen vorgenommen werden können (konkrete Aufgabenreduzierung muss vor schleichender Standardreduzierung gehen)
- für die Beschäftigten des Betriebshofs gilt wie für alle Stadtbeschäftigten ebenfalls der TVöD (kein Lohndumping).

3.2 Entwicklung der Aufwendungen und Erträge zum Stichtag 30.09.2013:
Der Betriebshof arbeitet zu 90% für die Ämter der Stadt im hoheitlichen Bereich, ca. 10% ist der Betriebshof auch für "Dritte", im sogenannten steuerpflichtigen Bereich tätig.

Für welche Auftraggeber der Betriebshof hauptsächlich tätig wird, ist aus **Anlage 1** (Erfolgsplan) ersichtlich.

Die erweiterte Mehrjahresbetrachtung lässt ein Vergleich für 3 Jahre und Vergleichszeiträume zu. Auf besonders hervorzuhebende Punkte wird im Nachgang eingegangen.

Ausführungen zu den Einnahmen und Leistungsbereichen:

UA 5800: Trotz der im Nachtrag vorgenommenen Kürzung des Budgets um 50.000 Euro, wird angestrebt, die danach im Haushalt veranschlagte Budgetsumme nicht zu überschreiten.

UA 6300: Ergänzend zu den Ausführungen zum Winterdienst, hebt sich der bisherige Winter (1. Quartal) von den vorangegangenen Wintern ab. Ob die im Nachtrag zur Verfügung gestellten zusätzlichen Mittel ausreichen, hängt von der Intensität des Winters im November und Dezember ab.

UA 751x: Im September ist ein Mitarbeiter auf den Friedhöfen altershalber ausgeschieden. Um den vorgegebenen Einsparbetrag von 50.000 Euro im Grünetat zu erreichen, ist mit Verwaltung und Auftraggeberamt vereinbart, die Stelle zunächst nicht zu besetzen. Die durch Weggang eines langjährigen Mitarbeiters entfallende Arbeitsleistung wird durch innerbetriebliche organisatorische Maßnahmen (Umschichtung, Teilvergabe) innerhalb des Betriebshofs aufgefangen.

Ausführungen zum Aufwand:

5. _Aufwand für Lieferungen und Leistungen:

Abhängig vom Winterdienst, steigt auch diese Aufwandsposition entsprechend (wegen Salzeinkauf und Fremdfahrer im Winterdienst) an.

6. Personalaufwand:

Entsprechend der Hochrechnung und den Tarifsteigerungen liegt die Kostenprognose über dem Planansatz, wie der tatsächliche Personalaufwand ist, hängt maßgeblich auch von den zusätzlichen Einsätzen des Winterdienstes ab.

11. Zinsen (an die Stadt):

Durch Beschluss des Gemeinderates, werden die Zinsen, welche für das Städtische Gesellschafterdarlehen vom Betriebshof verbucht werden, um ca. 50.000 Euro (2014 erstmalig) niedriger ausfallen (entspricht einer Reduzierung von 5 % auf 4 %).

3.3 Vermögens- und Finanzplan:

Mit **Anlage 2** wird die Entwicklung der Einnahmen und der Ausgaben des Vermögensplanes im Zeitraum 01.01 – 30.09.2013 aufgezeigt. Der Betriebshof wurde zur Eigenbetriebsgründung am 01.01.2001 nach Beschluss durch den Gemeinderat (gleich der Betriebsgründung EB städt. Entwässerungseinrichtung) vollständig ohne Eigenkapital ausgestattet. Das Darlehen betrug in der Eröffnungsbilanz 4.050.238 €. Durch das erforderliche und vom Gemeinderat beschlossene, umfangreiche Bauinvestitionsprogramm, wurde das Darlehen auf insgesamt 4.834.432,70 € (Stand: 31.12.2012) aufgestockt.

Seit dem Jahr 2008 wird die Tilgung des gewährten Stadtdarlehens mit einer jährlichen Rate von 70.000 € an den Kämmereihaushalt vorgenommen. Es ist geplant, das Gesellschafterdarlehen kontinuierlich zurückzuführen, bis das Darlehen den Stand bei Gründung des Eigenbetriebes 2001 in Höhe von 4.050.238 € wieder erreicht hat.

Durch das RPA wurde im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2012 angeregt, von dieser grundsätzlichen Tilgungsregelung in Abstimmung mit der Stadtkämmerei begründet und im Einzelfall auch abweichen zu können. Für das Jahr 2012 und 2013 wurde mit der Stadtkämmerei vor allem wegen der Unterdeckung des Vermögensplanes vereinbart, pro Jahr jeweils nur 35.000 Euro zu tilgen. Zum Abbau des Finanzierungsfehlbetrages aus dem Vorjahr wurde in Abstimmung mit der Stadtkämmerei für 2014 zunächst ein tilgungsfreies Jahr vorgesehen. Eine abschließende Lösung zu den Tilgungsmodalitäten wird dem GR nach Abschluss der Baumaßnahme (Salzhalle) zur Entscheidung vorgelegt.

Von Rechnungsprüfungsamt und der GPA wurde die Unterdeckung des Vermögensplanes in der Weise moniert, dass eine Lösung gefunden werden muss, diesen Umstand zu verändern. Da die abschließenden Stellungnahmen der beiden Prüfungen noch nicht vorliegen und von der Betriebsleitung nicht alleine eine für alle Seiten befriedigende Lösung gefunden werden kann, erfolgt die Darstellung des Vermögensplanes in der bisherigen Form, siehe Anlage 2, d.h. ohne den Finanzierungsfehlbetrag aus dem Vorjahr 2012 in Zeile

10 auszuweisen. Der vom RPA im Zuge der Jahresabschlussprüfung festgestellte Finanzierungsfehlbetrag liegt bei 457.180 Euro.

3.4 Besonderheiten im Berichtszeitraum:

3.4.1 Winterdienst

Im mehrjährigen Vergleich zeigt sich, dass der "Winter" im 1. Quartal 2013 zu den intensivsten Wintern (siehe u.a. Tabelle) war. Dies belegen die Einsatz- und Kostenzahlen des ersten Quartals 2013. In den letzten Märzwochen bäumte sich der Winter noch einmal auf, der letzte Einsatz war am 1.4. Mitte März wurde bereits mit der planmäßigen Splittkehrung begonnen, diese musste jedoch wieder abgesagt werden. Die anderen Budgetbereiche werden wegen der Belastung aus dem Winterdienst geringer als geplant belastet. Eine Hochrechnung zum Jahresende, auf der Basis dieser verzerrten Kostendarstellung wäre nicht sachgerecht, denn das Winterdienstbudget wird zu Gunsten der anderen Unterhaltungsbudgets stärker belastet.

Nachfolgende Tabelle soll einen kleinen Überblick in Zahlen geben, welcher Aufwand vom Betriebshof im Winterdienst betrieben wird und welche Kosten dadurch beim Straßenunterhaltungsetat (1.6300) anfallen.

Zahlen auf die Gesamtwinterdienstsaison bezogen:

November 2012 – März 2013	11.257 MA-Std.	1.030.549 Euro
November 2011 – März 2012	6.731 MA-Std.	678.158 Euro
November 2010 – März 2011	8.030 MA-Std.	741.728 Euro
November 2009 – März 2010	9.864 MA-Std.	880.942 Euro
November 2008 – März 2009	8.635 MA-Std.	846.672 Euro
November 2007 – März 2008	3.385 MA-Std.	399.401 Euro
November 2006 – März 2007	4.068 MA-Std.	389.203 Euro
November 2005 – März 2006	9.128 MA-Std.	850.085 Euro

Zahlen nur auf Berichtszeitraum Jan. – März bezogen

Januar – März 2013	7.093 MA-Std.	652.819 Euro
Januar – März 2012	4.859 MA-Std.	494.845 Euro
Januar – März 2011	2.311 MA-Std.	235.958 Euro
Januar – März 2010	6.809 MA-Std.	600.714 Euro
Januar – März 2009	5.481 MA-Std.	541.319 Euro
Januar – März 2008	1.942 MA-Std.	241.254 Euro
Januar – März 2007	2.702 MA-Std.	262.878 Euro
Januar – März 2006	4.585 MA-Std.	497.145 Euro
Januar – März 2005	6.676 MA-Std.	526.758 Euro

Abgesehen von diesem und vom vorhergehenden Winter, waren die vorangegangenen zwei starken Wintern von enormer Einschränkung bei der Salzbelieferung vieler Bauhöfe geprägt. Dadurch ausgelöst, wurde von Ravensburg angeregt, eine zentrale VOL-Ausschreibung für ca. 15 Städte vorgenommen. Es hat sich bestätigt, dass die Strategie zum einen ausreichend eigene Lagerkapazität zu schaffen und die Nachlieferung durch Liefer- und Preisverträge abzusichern, richtig war. Diese VOL- Ausschreibung wurde in der Folge, nun

aktuell bereits im dritten Jahr, von der EKV (Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Verwaltungen eG mit Sitz in Köln) unter Federführung des BW Städtetags, Arbeitsgruppe Bauhöfe, nach gleichem Schema und mit gutem Erfolg und jetzt bereits 60 teilnehmenden Bauhöfen / Städten durchgeführt.

3.4.2 Projekte und Maßnahmen interkommunale Zusammenarbeit:

Im ersten Quartal wurden nachfolgende Projekte im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit weiterentwickelt:

- Projektgespräch im Januar zur Kennzahlenrechnung, mit 6 Bauhöfen, Intensivierung anlässlich der Städtetags AG im Mai,
- gemeinsame VOL-Ausschreibung mit 5 Bauhöfen Entsorgungsleistung, Straßenkehrgut, Grüngut, Straßenkehrmaschine und Einlaufschachtentleerung und "Neuausschreibung" (Zusammenarbeit zwischen Friedrichshafen, Weingarten und Ravensburg),
- Salzausschreibung (Städtetag Baden Württemberg), Beteiligung 60 Bauhöfe.

3.4.3 Organisatorische Projekte und Maßnahmen:

- Projektgespräche mit Hauptamt und Personalvertretung Zusatzkrankenversicherung für Beschäftigte BHR,
- Rest - Abwicklung Brandschaden Mariatal mit WGV,
- Gespräche mit Kripo und Polizei zur Vermeidung künftiger Einbrüche und Sachbeschädigungen in Mariatal,
- erste Gespräche mit den Budgetverantwortlichen zum Thema Haushaltskonsolidierung,
- erstes Gespräch mit Bauhofleitern zum Thema Initiierung Kennzahlenring Baubetriebshöfe,
- Problemlösungsgespräche Salzhalle, Erfüllung der Umweltauflagen des Landratsamtes und im Rahmen des Baugesuchs,
- Gespräche mit RPA und Zentrale Verfahrensstelle VOL-Ausschreibung Alternativen zur klassischen Fahrzeugbeschaffung, Fahrzeugleasing,
- Aufstellung eines Investitionsprogrammes und Gedanken zum Abbau des Investitionsstaus (Fahrzeuge und Großgeräte),
- Gespräche mit SPA wegen Erfassung der Winterdienststrecken im GIS durch BHR,
- Manöverkritik Winterdienst 2012-2013,
- Gespräche mit Feuerwehr und Verantwortlichen zu den beiden Hochwassereinsätzen (Ende Mai und Mitte Juni 2013), hieraus resultierend die Ordnung der Sandsacklogistik im BHR,
- Restabwicklung Brandschadensbehebung Mariatal August 2012,
- Gespräche mit Vertretern der Fahrzeugleasingbranche,
- Bauorganisation und Baubeginn Salzlagerhalle, Auflagen aus Sitzung OVE und GR,
- OB Jour Fixe wegen Kosten- und Verrechnungssatzsituation BHR,
- Antrittsgespräche neuer Baudezernent,
- Projektgespräche Saubere Stadt,
- Gespräche mit zentrale Verfahrensstelle wegen Beschaffungsalternativen,

- Umsetzungsgespräche Haushaltskonsolidierung mit den Haupt-Auftraggeberämtern und den für die Konsolidierung Verantwortlichen.

3.4.4 Produktive Arbeiten der Teams im Betriebshof:

Einzelmaßnahmen im Berichtszeitraum, Auftragsvolumen >3.000 €

Siehe **Anlage 3**.

3.5 Vollzug Stellenplan 2013:

Von den im Stellenplan 2013 ausgewiesenen 82,6 Stellen waren zum 30.09.2013 81,1 Stellen tatsächlich besetzt.

In der Planung beträgt der hochgerechnete Personalaufwand 4,400 Mill. Euro. Dieser enthält alle Personal- und Personalnebenkosten der im Betriebshof befristet und unbefristet angestellten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie die Zuführung, bzw. Auflösung von Rückstellungen aus Altersteilzeitverträgen.

Ausbildung im Betriebshof:

Von den im aktuellen Stellenplan ausgewiesenen 8 Ausbildungsplätzen waren 5 Stellen per 30.09.2013 besetzt.

Aus aktuellen Pressemitteilungen kann entnommen werden, dass gerade in unserer Gegend von Betrieben beklagt wird, dass

- viele Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben,
- Lehrlinge immer weniger werden,
- immer weniger junge Menschen für die duale Ausbildung v.a. in den klassischen Handwerksberufen begeistert werden können.

Diese vorgenannten Erfahrungen decken sich auch mit denen des Betriebshofs.

Anlagen:

Anlage 1 – Budget- und Quartalszahlen 30.09.2013 mit Gegenüberstellung der Vergleichszeiträume 2011-2013

Anlage 2 – Vermögensplan 1.1. – 30.09.2013

Anlage 3 – Produktive Arbeiten bis 30.09.2013

Anlage 4 – Stellenbesetzung 30.09.2013, incl. Zahl der Ausbildungsplätze